



Wählergemeinschaft  
für Wuppertal

Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

<i>Herrn</i>	Es informiert Sie	Heribert Stenzel
<i>Oberbürgermeister Peter Jung</i>		
<i>Vorsitzender des Hauptausschusses und des Rates</i>	Anschrift	Rathaus Barmen Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal
<i>der Stadt</i>		
<i>und</i>		
<i>Herrn</i>	Telefon (0202)	52 75 98 98
<i>Klaus Jürgen Reese</i>	Fax (0202)	52 75 98 99
<i>Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen</i>	E-Mail	fraktion@wfw-wuppertal.de
	Datum	05.02.2013
<b>Antrag</b>	<b>Drucks. Nr.</b>	<b>VO/0162/13</b> öffentlich

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>26.02.2013</b>	<b>Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und</b>
	<b>gemeinsamer Betriebsausschuss APH / KIJU</b>
<b>27.02.2013</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>04.03.2013</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

## **Wählergemeinschaft für Wuppertal beantragt den Erwerb des Geländes Müngstenerstraße**

Sehr geehrter Herr Jung, sehr geehrter Herr Reese,

der Stadtrat möge beschließen:

Wenn der Bau einer Forensischen Klinik auf dem Gelände an der Müngstener Straße abgewendet werden kann, wird sich die Stadt bemühen, dieses Gelände insgesamt zu erwerben.

### **Begründung:**

Das Gelände bildet eine entscheidende Ressource für die zukünftige Stadtentwicklung. Deshalb sollte die Stadt die Beplanung und die Erschließung sowie die Entscheidungen für die endgültige Verwendung in eigener Regie durchführen. Dabei sollen die Verwendungen für öffentliche und private Nutzungen sorgfältig abgewogen werden. Soweit privater Wohnungsbau in Betracht kommt, sind die unterschiedlichen Verwendungen für Einfamilienhäuser und den Geschoßwohnungsbau ebenso gegeneinander abzuwägen wie die Aufteilung der Flächen auf freien und auf sozialen Wohnungsbau.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass zumindest ein privater Investor beim Land ein Kaufinteresse für das Gelände angemeldet hat. Es ist jedoch nicht wünschenswert, dass die Nutzung dieser Fläche von privaten Renditeerwägungen bestimmt wird.

Ein Ankauf durch die Stadt würde auch verhindern, dass die mit der Erschließung verbundenen Bodenwertgewinne privatisiert werden. Die Finanzierung des Ankaufs könnte durch die GWG aus den jüngst zugeflossenen kommunalen Mitteln erfolgen. Mittelfristig würden die Mittel wieder frei, wenn die flächen nach durchgeführter städtebaulicher Beplanung und Erschließung wieder veräußert würden.

Dr. Günter Schiller (Stellv. Fraktionsvorsitzender)